

II-2068 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1022/J

1984 -11- 3 0

A n f r a g e

*der Abgeordneten HEINZINGER, Dr. Hafner, Karas  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz  
betreffend Verstaatlichung der Müllentsorgung*

*Vor einiger Zeit hat der Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz die Verstaatlichung der Müllentsorgung gefordert. Wie der Tageszeitung 'Kurier' vom 9.11.1984 zu entnehmen ist, hat Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld wörtlich erklärt: "Der Staat sagt zwar immer dort und dort dürfen die Abfälle nicht deponiert werden - was damit aber geschehen soll, das sagt er nicht." Daran schloß der Herr Staatssekretär seinen Vorschlag an: Eine staatliche Müllentsorgungsgesellschaft (Teilhaber: Bund, Länder und Statutarstädte) soll künftig für Sammlung, Ablagerung und Vernichtung des gesamten österreichischen Mülls zuständig sein.*

*Die besondere Pikanterie an der Aussage des Herrn Staatssekretärs ist die, daß genau sein Ressort sagen müßte, was mit dem Sonderabfall zu geschehen hätte. Im Sonderabfallbeseitigungsgesetz wird nämlich der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz beauftragt, ein Rahmenkonzept für die Sonderabfallbeseitigung auszuarbeiten.*

*Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende*

*A n f r a g e :*

- 1. Wie beurteilen Sie die Äußerungen von Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld hinsichtlich einer Verstaatlichung der Müllentsorgung ?*
- 2. Warum haben Sie das Maßnahmenkonzept für die Sonderabfallbeseitigung noch nicht vorgelegt ?*
- 3. Sind die Äußerungen Ihres Staatssekretärs als Eingeständnis dafür zu verstehen, daß Sie mit dem Problem der Sonderabfallbeseitigung nicht zu Rande kommen ?*